

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.06.2026

Sitzungsbeginn: 16:32 Uhr
Sitzungsende: 18:47 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr H. Weber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, stellt die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit 8 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Der **Ausschussvorsitzende** informiert, dass die Beschlussvorlage BV/139/2025/V-32 - Ordnung über die Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Dessau-Roßlau (Parkgebührenordnung), Tagesordnungspunkt 7.5, vom Einbringer der zurückgezogen wurde und von der Tagesordnung zu nehmen ist.

Der **Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus** stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2026

Der **Ausschussvorsitzende** bringt die Niederschrift vom 12.03.2026 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

4 Genehmigung der Niederschrift vom 21.04.2026

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes betritt **Herr Ratzmann, Fraktion AfD**, um 16:35 Uhr die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 9 stimmberechtigte Mitglieder.

Der **Ausschussvorsitzende** bringt die Niederschrift vom 21.04.2026 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

5 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 21.04.2026 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

6 Einwohnerfragestunde Bürgerinnen und Bürger werden gebeten, konkrete Fragestellungen im Rahmen der Einwohnerfragestunde bis zum 03.06.2026, 14:00 Uhr per E-Mail an die Sitzungsbearbeitung (wirtschaftsausschuss@dessau-rosslau.de) zu richten.

Schriftliche Anfragen wurden nicht eingereicht. Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt wie folgt erhoben:

1. Frage:

Karsten Lückemeyer, Vertreter des Technikmuseums, erläutert, dass das Technikmuseum im Sommer eine sechstägige Ferienfreizeit zum Thema Technik und Raumfahrt organisieren möchte, um Kinder an das Museum heranzuführen und potenziellen Nachwuchs für den Förderverein zu gewinnen. Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf 1.200 Euro. Er bittet um finanzielle Unterstützung seitens der Stadt. Siehe **Anlage 1**.

Der **Ausschussvorsitzende** signalisiert Wohlwollen gegenüber dem Vorhaben, verweist jedoch darauf, dass eine abschließende Antwort zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen werde. Die Anfrage wird zur Überprüfung an die Verwaltung weitergeleitet.

2. Frage:

Bürger 1 stellt folgende Frage:

„Wer ist hier in Dessau dafür zuständig und warum ist in diese Richtung nichts unternommen worden? Ich hatte im Stadtrat angeregt, dass der Hausmüll nicht mehr über die Straße zur Müllverbrennungsanlage gefahren wird, sondern umweltfreundlich mit dem Schiff transportiert wird. Laut Frau Lohde geht das nicht, weil es Verträge gibt. Die müssen sehr neu sein, weil wir erst seit kurzem den Müll nach Magdeburg und nicht mehr nach Bitterfeld schicken. Dann wäre es doch der passende Zeitpunkt gewesen beim Wechsel der Verbrennungsanlage auch gleich Verträge für den Transport zu schließen, die die Umwelt entlasten, endlich den Hafen dauerhaft einer besseren Nutzung zuführen und ganz wichtig, die Bürger entlasten. Im Moment hat man Verträge geschlossen, wo der Transport um 21% teurer ist. Wir als Bürger haben sehr viel Geld für die Modernisierung des Hafens ausgegeben, dann nochmals sehr viel Geld, um alleiniger Besitzer des Hafens zu werden. Dann ist es doch allerhöchste Zeit, dass die Bürger von diesen ganzen Ausgaben auch einmal profitieren, zum Beispiel durch sinkende Müllpreise. Scheinbar scheint in der Stadtverwaltung auf solche wirtschaftlichen und umwelttechnisch sinnvollen Gedanken niemand zu kommen.“

Herr Stadtrat H. Weber erklärt, dass der Stadtpflegebetrieb für diese Angelegenheit zuständig sei und die Anregung im zuständigen Ausschuss geprüft werde. Er betont, dass der Stadtpflegebetrieb als Vorzeigeprojekt der Stadt bekannt sei und wirtschaftlich kalkulierte. Eine schriftliche Antwort zu den praktischen und tatsächlichen Gründen werde nachgereicht.

3. Frage:

Bürger 1 stellt folgende Frage:

„Wie konkret soll das Projekt funktionieren? In Dessau soll es eine neue Firmenansiedlung geben. Das klingt immer gut. Eine Firma, die aus kommunalem Grünschnitt, Altholz und Fruchtkernen Kohle herstellen will. Dabei soll die Abwärme, die bei diesem Prozess entstehen, in Dessau als Fernwärme genutzt werden. Das Problem ist nur auf den kommunalen Grünschnitt hat die Stadtpflege ein Monopol. Für ihre Biogasanlage. Dorthin geht auch Altholz. Mehr lässt sich hier nicht auftreiben. Die Biogasanlage kann bis heute nicht sinnvoll ausgelastet werden, weil kein weiteres Material vorhanden ist. Jetzt wollen wir hier eine Firma ansiedeln, die genau das braucht, was wir jetzt schon nicht genug haben. Das klingt sehr nach dem nächsten Luftschloss, wie die Algenanlage.“

Herr Stadtrat H. Weber gibt an, dass er inhaltlich nicht informiert sei, und kündigt an, die Anfrage aufzunehmen und schriftlich zu beantworten.

4. Frage:

Bürger 1: stellt folgende Frage:

„Warum schafft es Dessau nicht für sich wichtige Projekte hier auch zum Abschluss zu bringen? Innerhalb kurzer Zeit sind zwei für Dessau sehr wichtige wirtschaftliche Neuansiedlungen geplatzt. Immer geht es um hochgelobte Projekte. Einmal die Algenfarm und auch die Wasserstoffzüge. Beides nicht mehr für Dessau relevant. Das aus der Algenfarm erfährt man in einem Nebensatz im Finanzausschuss.“

Herr Stadtrat H. Weber erläutert, dass die Algenfarm aufgrund zu hoher Kosten für die Abnahme der entstehenden Abwärme nicht realisiert werden konnte. Der Investor habe sich für einen anderen Standort entschieden, an dem die Abwärme zu einem günstigeren Preis verkauft werden könne. Zu den Wasserstoffzügen könne er keine Auskunft geben, die Frage werde jedoch aufgenommen und schriftlich beantwortet.

Bürger 1 äußert abschließend Bedenken hinsichtlich der Kosten für eine geplante Wärmepumpe und Abwasserleitung, die seiner Meinung nach auf die Fernwärmepreise umgelegt würden.

Herr Stadtrat H. Weber entgegnet, dass die Investition in die Großwärmepumpe nach Berechnungen der Stadtwerke langfristig günstiger sei als die Nutzung der Abwärme der Algenfarm.

7 Beschlussfassungen

7.1 Ausbau Triftweg und Straße Industriehafen in Roßlau - Maßnahmebeschluss Vorlage: BV/096/2026/III-66

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

7.2 Beschluss der Strategie zur Fortschreibung des aktuellen Nahverkehrsplanes Vorlage: BV/089/2026/III-66

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, bringt nachstehenden Änderungsantrag vom 04.06.2026 zum „Strategiepapier: Mobilitätsstrategie 2026+“ ein:

Der Stadtrat möge beschließen, dass Punkt 5 „Effiziente Schülerbeförderung“ wie folgt ergänzt wird:

„Darüber hinaus soll geprüft werden, unter welchen Bedingungen eine kostenlose Schülerbeförderung möglich ist.“

Begründung: Im Winter 2021/2022 fand ein entsprechendes Pilotprojekt statt. Auf Grund der Corona-Pandemie waren aus unserer Sicht die Ergebnisse, die nie transparent präsentiert wurden, nicht aussagekräftig.

Da der SchülerInnenverkehr überwiegend durch den bestehenden Linienverkehr abgedeckt werden soll, ist nicht mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen.

Herr Stadtrat Ratzmann, Fraktion Afd, bittet um eine Stellungnahme bzw. Einschätzung der Verwaltung zu dem Änderungsantrag.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, erklärt, dass die Prüfung des Antrags grundsätzlich möglich sei. Er weist jedoch darauf hin, dass die Finanzierung des zusätzlichen Schülerverkehrs eine Herausforderung darstelle, da die DVV entsprechende Rechnungen stellen werde, die aus dem Haushalt zu finanzieren seien.

Herr Stadtrat H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erinnert daran, dass der Stadtrat bereits einen ähnlichen Prüfauftrag erteilt habe. Das Projekt jedoch zu einer unglücklichen Zeit durchgeführt worden sei und daher nicht die gewünschten Ergebnisse geliefert habe. Er kritisiert, dass dieser Auftrag offenbar in Vergessenheit geraten sei, und merkt an, dass der Stadtrat damals mit großer Mehrheit für eine solche Prüfung gestimmt habe.

Der Änderungsantrag wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

7.3 Satzung über die Erhebung einer Beherbergungssteuer in der Stadt Dessau-Roßlau (Beherbergungssteuersatzung) Vorlage: BV/105/2026/II-20

Beigeordneter Herr Ulbrich sowie die **Leiterin des Amtes für Finanzen, Frau Wirth**, führen in die Beschlussvorlage ein. Siehe **Anlage 2**.

Frau Schmidt-Pforte, Geschäftsstellenleiterin der IHK Halle-Dessau, kritisiert im Auftrag der WelterbeRegion, der Deutschen Hotellerie- und Gastronomieverband e.

V. (DEHOGA) und einzelner Hoteliers aus Dessau-Roßlau, die geplante Beherbergungssteuer. Siehe **Anlage 3**.

Die Stadträte tauschen sich mit dem Beigeordneten, der Amtsleiterin und der Geschäftsstellenleiterin ausführlich aus.

Der **Beigeordnete** erklärt, dass die Verwaltung bereit sei, die Vorschläge der IHK und der Stadträte aufzunehmen und die Satzung entsprechend zu überarbeiten. Er betont jedoch, dass die Einnahmen aus der Steuer auch weiterhin zur Unterstützung der SMG und zur Finanzierung touristischer Projekte verwendet werden sollen.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion SPD**, stellt Frau Wirth klar, dass die Entscheidung für die Beherbergungssteuer bereits im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes getroffen worden sei, die Satzung jedoch noch beschlossen werden müsse.

Frau Schmidt-Pforte bietet der Verwaltung Sondierungsgespräche für die Erarbeitung eines alternativen Konzepts an und verweist auf die Erfahrungen der IHK mit ähnlichen Regelungen in anderen Städten.

Der **Beigeordnete** zieht daraufhin die Beschlussvorlage für die heutige Sitzung zurück und kündigt an, die Gespräche mit der IHK und den Stadträten fortzusetzen, um eine überarbeitete Vorlage zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

7.4 Neufassung der Marktsatzung **Vorlage: BV/017/2026/V-32**

Herr Stadtrat Kaßner erkundigt sich, ob die Aufnahme neuer Orte für Wochenmärkte in die Satzung Auswirkungen auf die Betreiber bestehender Märkte habe, insbesondere in Bezug auf Kosten oder Auflagen. Er möchte wissen, wie sich die Neufassung auf bereits laufende Märkte auswirke.

Herr Staudte, Sachgebietsleiter für Allgemeine Ordnung und Gewerbe, erklärt, dass die Neufassung der Marktsatzung vor allem der Rechtssicherheit diene. Für bestehende Märkte, einschließlich des Lidiceplatzes, seien keine negativen Auswirkungen zu erwarten. Die Satzung stelle lediglich eine Klarstellung der rechtlichen Situation dar, ohne zusätzliche verwaltungstechnische Vorgänge zu erfordern.

Herr Stadtrat J. U. Weber, Fraktion ABV, fragt, ob in den Ortschaften nach Wünschen für die Durchführung von Wochenmärkten gefragt worden sei. Er verweist auf frühere Bestrebungen in Mosigkau, einen Wochenmarkt einzurichten, und möchte wissen, ob diesbezüglich Rückmeldungen eingeholt wurden.

Herr Staudte antwortet, dass die Ortschaften nicht direkt angefragt worden seien. Er erläutert, dass es nur wenige Anbieter für Wochenmärkte gebe, die bereits an anderen Standorten tätig seien. Zudem habe die von der Stadt beauftragte Gesellschaft, die die Wochenmärkte organisiert, bisher kein Interesse an der Durchführung von Märkten in den Ortschaften signalisiert.

Herr Stadtrat Kellner, Fraktion CDU, schlägt vor, dass Ortschaftsräte bei Bedarf direkt Kontakt mit Herrn Staudte aufnehmen könnten, um die Möglichkeit der Einrichtung eines Wochenmarktes zu besprechen.

Herr Staudte bestätigt, dass die Märkte in einem solchen Fall festgesetzt würden, sofern dies möglich sei.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

7.5 Ordnung über die Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Dessau-Roßlau (Parkgebührenordnung) Vorlage: BV/139/2025/V-32

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

7.6 Umsetzung der Rundbogenhalle auf das Gelände des Technikmuseums „Hugo Junkers“ (Nachreichung der Stellungnahme der Verwaltung nach OB-DB am 26.05.26) Vorlage: FV/007/2026/SPD

Der **Ausschussvorsitzende H. Weber** weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Verwaltung am 26.05.2026 zugegangen sei. Es wird klargestellt, dass es sich um eine überfraktionelle Initiative handelt, an der alle Fraktionen beteiligt gewesen seien. Aus der Vorlage ist das jedoch nicht ersichtlich. Die Verwaltung wird mit der Korrektur beauftragt.

Herr Stadtrat Kellner äußert den Wunsch nach einer Kostenschätzung für das Projekt, was Herr Stadtrat H. Weber aufgreift und auf eine Kostenabfrage verweist.

Herr Stadtrat Hartmann erläutert, dass es sich bei der Vorlage um einen Grundsatzbeschluss handle, der die Umsetzung der Rundbogenhalle vorbereiten solle. Er betont, dass zunächst eine denkmalrechtliche Genehmigung sowie weitere Grundlagen erarbeitet werden müssten. Zudem sei eine Förderung durch das Land erforderlich, um die nächsten Schritte einzuleiten. Gespräche mit dem Land hätten bereits stattgefunden, um die Machbarkeit und mögliche Förderungen auszuloten. Er unterstreicht, dass die Stadt ein Verhandlungsmandat benötige, um die weiteren Schritte mit dem Land abzustimmen.

Herr Stadtrat Kellner äußert Bedenken hinsichtlich der bereits geführten Gespräche mit dem Land und warnt davor, ohne offizielles Mandat Verhandlungen zu führen.

Herr **Stadtrat H. Weber** entgegnet, dass ein Vertreter der Staatskanzlei, der für die Fördergelder zuständig sei, in die Vorbereitungen eingebunden gewesen sei.

Herr Stadtrat Hartmann ergänzt, dass es sich bei den bisherigen Gesprächen lediglich um eine Vorabklärung gehandelt habe, um die Interessenlagen und Fördermöglichkeiten auszuloten.

Herr Diederling, Fraktion AfD, erklärt, dass seine Fraktion das Projekt grundsätzlich unterstütze, jedoch betont, dass städtische Eigenmittel aufgrund der Haushaltssituation nicht zur Verfügung stünden. Er fordert eine vollständige Finanzierung durch Fördermittel von Bund und Land.

Herr Stadtrat Kaßner widerspricht und plädiert dafür, zunächst die Machbarkeit und die Unterstützung durch das Land zu klären, bevor über konkrete Finanzierungsmöglichkeiten gesprochen werde.

Herr Stadtrat J. U. Weber hebt die Bedeutung von Hugo Junkers und der Rundbogenhalle hervor, insbesondere im Kontext des 100-jährigen Jubiläums der Lufthansa und der zivilen Luftfahrt in Deutschland. Er appelliert an den Stadtrat, ein klares Bekenntnis zu diesem Vorhaben abzugeben und die notwendigen Untersuchungen gemeinsam mit dem Land zu starten. Er weist darauf hin, dass bereits eine Kostenschätzung durch den Technikverein Hugo Junkers vorliege, diese jedoch nicht Gegenstand des aktuellen Beschlusspunktes sei.

Die Beschlussvorlage inkl. dem Änderungsantrag vom 03.06.26 aus dem Ausschuss für Kultur und Sport wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

**7.7 Bereitstellung von Finanzmitteln für den Förderverein
Technikmuseum „Hugo Junkers“ Dessau e. V. zur Umsetzung der
Rundbogenhalle
Vorlage: FV/001/2026/ABV**

Herr Stadtrat J. U. Weber bringt einen Änderungsantrag zur Fraktionsvorlage mit nachfolgendem neuem Wortlaut für den Titel ein:

Die Bereitstellung der Finanzmittel für des für den Förderverein Technikmuseum „Hugo Junkers“ zur Umsetzung der Rundbogenhalle abzüglich möglicher Fördermittel sollen in die Haushaltsdiskussion aufgenommen werden.

Als Begründung führt er an, dass eine ähnliche Vorgehensweise bereits bei der Wasserburg in Roßlau angewandt worden sei. Er fordert eine Gleichbehandlung der Projekte und bittet darum, dass Dirk Schildhauer, der neue Geschäftsführer des Technikvereins Hugo Junkers, eine erste Kostenschätzung der Firma Strabag vorstellt.

Herr Schildhauer, Geschäftsführer des Technikvereins Hugo Junkers, erläutert, dass der Verein eine belastbare Kostenschätzung benötigt habe, da bisherige Zahlen als veraltet galten. Die Firma Strabag habe ein detailliertes Angebot vorgelegt, das eine Summe von 2,9 Millionen Euro inklusive Mehrwertsteuer umfasse. Er betont, dass die Schätzung auch Risikopositionen für denkmalrechtliche und konservatorische Anforderungen enthalte, um unvorhergesehene Kosten zu minimieren. Er erklärt, dass die Halle auf dem Museumsgelände genutzt werden könne, unter anderem zur Überdachung von Flugzeugen und zur Demonstration historischer Bauweisen.

Herr Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erkundigt sich, ob die Umsetzung der Halle grundsätzlich möglich sei und ob die Sanierung so erfolgen könne, dass die Halle wie ursprünglich geplant genutzt werde.

Herr Schildhauer bestätigt, dass die Umsetzung realistisch sei, jedoch nicht mit Eigenleistungen des Vereins, da die Mitgliederstruktur dies nicht zulasse. Er erläutert, dass die Halle vor Ort entkernt und in Einzelteilen abgebaut werden müsse, wobei denkmalrechtliche Vorgaben berücksichtigt würden. Die Halle könne anschließend auf dem Museumsgelände genutzt werden.

Herr Stadtrat Diederling äußert Bedenken hinsichtlich der Finanzierung und betont, dass eine belastbare Machbarkeitsstudie sowie detaillierte Planungsgrundlagen fehlen. Er verweist auf die Notwendigkeit rechtlicher und denkmalrechtlicher Grundlagen, bevor eine Finanzierung beschlossen werden könne.

Der **Ausschussvorsitzende** bestätigt, dass diese Grundlagen in der vorherigen Beschlussvorlage bereits beschlossen worden seien.

Herr Stadtrat J. U. Weber plädiert dafür, die Finanzmittel in die Haushaltsdiskussion aufzunehmen, um dem Fördermittelgeber die Bereitschaft der Stadt zur Unterstützung zu signalisieren. Er kritisiert, dass ähnliche Projekte wie die Wasserburg in Roßlau ohne konzeptionelle Hinterlegung finanziert worden seien, und fordert eine Gleichbehandlung. Er betont, dass es nicht darum gehe, Millionenbeträge festzuschreiben, sondern eine Merkstelle im Haushalt zu schaffen, um die Umsetzung des Projekts zu ermöglichen.

Herr Stadtrat Kaßner zeigt sich skeptisch und verweist auf die begrenzten finanziellen Mittel der Stadt. Er betont, dass Projekte nur dann in den Haushalt aufgenommen werden sollten, wenn sie auf belastbaren Konzepten basieren. Er lobt

die Arbeit des Technikvereins, fordert jedoch eine realistische Planung und Finanzierung.

Herr Stadtrat Hartmann unterstreicht die Notwendigkeit einer denkmalrechtlichen Zielstellung und einer orientierenden Planung, bevor eine Finanzierung beschlossen werden könne. Er weist darauf hin, dass die vorliegende Kostenschätzung keine belastbare Grundlage darstelle, da denkmalrechtliche und baurechtliche Aspekte noch nicht berücksichtigt seien.

Herr Stadtrat Kellner erinnert daran, dass es in der Vergangenheit ein tragfähiges Konzept für das Technikmuseum gegeben habe, das jedoch vom Verein abgelehnt worden sei. Er betont, dass die finanziellen Mittel der Stadt begrenzt seien und andere Projekte, wie die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kitas, Priorität haben sollten.

Herr Stadtrat Ratzmann bekräftigt, dass der Erhalt der Halle grundsätzlich auf Zustimmung stoße, jedoch die finanzielle Lage der Stadt eine Umsetzung derzeit nicht zulasse. Er verweist auf die häufige Überschreitung von Kostenschätzungen bei städtischen Projekten und fordert eine realistische Planung.

Herr Stadtrat J. U. Weber beantragt abschließend, über die Beschlussvorlage mit der geänderten Formulierung abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 02:06:01

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Dessau-Roßlau 2040 (INSEK 2040) - Offenlagebeschluss zur Entwurfsfassung Vorlage: BV/087/2026/I-61

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

8.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Stadtrat Kellner äußert mehrere Anliegen:

- 1. Herr Stadtrat Kellner** fragt zunächst nach dem aktuellen Stand der Bauhauslinie, die ursprünglich über das Technikmuseum führen und dort einen Haltepunkt einrichten sollte. Er möchte wissen, ob dies geändert wurde, und bittet andernfalls um eine schriftliche Bestätigung.

- 2. Herr Stadtrat Kellner** bemängelt, dass das Thema TRAINS nicht auf der Tagesordnung stehe. Er regt an, dieses Thema bei der nächsten Sitzung zu behandeln.

Die Sitzungsbearbeitung erklärt, dass Herr Böckelmann, Projektverantwortlicher TRAINS Bündnis, für die nächste Ausschusssitzung im August angefragt worden sei und dem Fachsymposium im Juli nicht vorzugreifen.

Die Stadträte bestätigen den Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Ausschusses.

- 3. Herr Stadtrat Kellner** bringt das Thema der Parkplatzgebühren (TOP 7.5) zur Sprache. Er äußert den Wunsch, detaillierte Informationen über die Einnahmen aus dem digitalen Parken, wie beispielsweise durch EasyPark, zu erhalten. Er möchte die Einnahmen aus dem digitalen Parken mit denen aus den herkömmlichen Parkautomaten und den Einnahmen aus Strafzetteln vergleichen. Zudem bittet er um eine Prüfung der Kosten und Einnahmen in diesem Zusammenhang.

Herr Stadtrat Hartmann greift die Diskussion über die Parkgebühren auf und schlägt vor, die Möglichkeit der EC-Kartenzahlung an Parkautomaten zu prüfen. Er weist darauf hin, dass dies in anderen Städten bereits Standard sei und die derzeitige Situation, bei der Touristen und Bürger auf Apps angewiesen seien, Unmut hervorrufe. Er regt an, die Kosten für die Einführung eines solchen Systems zu ermitteln.

Herr Stadtrat Grünthal ergänzt, dass neben der EC-Kartenzahlung auch die Akzeptanz von Kreditkarten berücksichtigt werden solle.

- 4. Herr Stadtrat Kellner** erwähnt einen kleinen Seitenparkplatz in der Nähe des Klinikums, der seiner Meinung nach nicht dem Klinikum zugeordnet sei, und regt an, dies zu überprüfen. Er bietet an, die genaue Lage des Parkplatzes schriftlich nachzureichen.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11 Schließung der Sitzung

Herr H. Weber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, schließt die Sitzung um 18:47 Uhr.

Anlagen

- Anlage 1 zur Niederschrift (TOP 6)
- Anlage 2 zur Niederschrift (TOP 7.3)
- Anlage 3 zur Niederschrift (TOP 7.3)

Dessau-Roßlau, 18.06.2026

Hendrik Weber

Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus

Schriftführer